

Bericht aus Straßburg

Aktuelle Informationen Ihres Europaabgeordneten Joachim Zeller MdEP

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Mai-Plenartagung des Europäischen Parlaments stand - wie ganz Europa - im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Nachdem die EU-Finanzminister ein in der Geschichte der Gemeinschaft einmaliges Sicherungspaket zur Stützung unserer Währung beschlossen haben, erörterten die Abgeordneten Maßnahmen für eine effizientere wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung unter den Mitgliedstaaten.

Ein entschlossenes und beherztes Handeln war aufgrund der breiten Angriffe von Spekulanten auf unsere Währung geboten. Diesen sowie den Euro-Pessimisten wurde wieder einmal das hohe Maß europäischer Solidarität in der Krise vor Augen geführt.

Voraussetzung für die Hilfe ist, dass der betroffene Euro-Staat - in diesem Fall Griechenland - mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank ein solides finanzpolitisches Programm vereinbart. Dieses bedarf der Genehmigung durch alle Euro-Staaten; Deutschland behält damit ein dauerhaftes Einspruchsrecht.



Joachim Zeller MdEP

Der Plan zeugt von großem politischen Mut. Mut allein reicht aber nicht aus. Um das Vertrauen in den Euro zu sichern, muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt umfassend und rasch überarbeitet werden, damit kein Euroland mehr ungebremst - und auch nicht ungestraft - Staatsschulden über der Defizitgrenze anhäufen darf. Die Erfahrungen der letzten Wochen haben außerdem gezeigt, dass wir endlich eine wirksame und abgestimmte Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte brauchen. Einen ersten wichtigen Baustein dazu hat das Europäische Parlament dazu gelegt.

Mit europäischen Grüßen aus Straßburg,

Ihr

Bericht aus Straßburg | Aktuelle Informationen Ihres Europaabgeordneten Joachim Zeller MdEP | Ausgabe: Juni 2010

Herausgeber: Joachim Zeller MdEP

Kontakt (Brüssel): EP-Brüssel, ASP 15 E 258, Rue Wiertz 60, B - 1047 Brüssel, Tel. 00 32 22 / 84 59 10

Kontakt (Berlin): Büro beim Deutschen Bundestag, Wilhelmstraße 60, 11011 Berlin, Tel. 030 / 22 77 10 00

Durchbruch in der Neuordnung der Finanzmärkte: EP-Wirtschaftsausschuss beschließt umfassendes Regulierungspaket für Hedgefonds

Hedgefonds, Immobilienfonds und weitere Fonds-typen sollen erstmals EU-weiten Regeln unterliegen. Das beschloss der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments am 18. Mai in einer Nachtsitzung, nahezu zeitgleich mit dem Rat der Finanzminister. Der rechtsfreie Raum für Hedgefonds wird damit bald der Vergangenheit angehören.

Das Europäische Parlament will Transparenz, Meldepflichten und eine effektive Europäische Kontrolle durchsetzen. Generell sollen Fonds aus Drittstaaten erst dann in der EU aktiv werden, wenn diese Staaten Abkommen zur Kooperation und zum Informationsaustausch mit der Europäischen Union unterzeichnet haben.

Eine wichtige Regelung sieht außerdem vor, dass sich auch die Manager von Fonds aus Drittstaaten, also unter anderem den USA, in der EU registrieren müssen. Sie sollen mit einem EU-einheitlichen "Pass" zertifiziert werden und wie europäische Fonds den EU-Regeln unterliegen.

Im Gegensatz zur EU-Kommission strebt das Europäische Parlament für unterschiedliche Fondstypen auch

unterschiedliche Regelungen an, die den jeweiligen Fonds gerecht werden. Unter die Neuregelung fallen neben Hedgefonds auch Private-Equity-Gesellschaften, Immobilienfonds, Rohstoff-fonds und Infrastrukturfonds.



Joachim Zeller mit seinen Kollegen Hermann Winkler, Peter Jahr und Horst Schnellhardt (v.l.n.r.; Quelle: EVP-Fraktion)

Skepsis gegenüber der Strategie EU 2020 – eine Debatte muss geführt werden!

Am 19. Mai wurde im Europäischen Parlament über den Beitrag der Kohäsionspolitik zur Verwirklichung der Ziele der von der Kommission neu aufgelegten Strategie Europa 2020 für ein nachhaltiges und integratives Wachstum debattiert. In meinem Wortbeitrag äußerte ich meine Bedenken gegenüber einem Programm, in dem strategische Ansätze, gewollte Zielvorstellungen und planwirtschaftliche Kennziffern miteinander vermischt werden, wobei die Umsetzung anderen auferlegt wird. Denn egal, was im Rahmen der Strategie Europa 2020 für die Europäische Union beschlossen wird, umsetzen müssen es die Mitgliedstaaten, die Regierungen und Parlamente, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften.

Ein Europa von oben kann nicht funktionieren. Das geeinte Europa kann nur funktionieren, wenn es gemeinschaftlich mit den nationalen und regionalen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern weiter gebaut

wird. Anstatt zu analysieren, weshalb die zentralistisch vorgegebenen Ziele der Lissabon-Strategie nicht erreicht wurden, etikettiert die Kommission ihre verbrauchten Projekte nur um.

In zwei Punkten war europäische Politik bisher wirklich erfolgreich: in der Gestaltung des Binnenmarktes und in der Kohäsions- und Strukturpolitik. Allerdings wird die Kohäsionspolitik in der Strategie EU 2020 lediglich als unterstützend bei der Zielerreichung der Strategie angeführt. Genau hier muss aber die Debatte beginnen, wie wir, beispielsweise in einem Pakt mit den Regionen in der EU, mehr Gemeinschaft schaffen ohne dabei das Subsidiaritätsprinzip zu verletzen.

Diese Debatte kann und wird dann auch in einer gemeinsamen Strategie münden. Sie hat allerdings erst begonnen, und wir im Europäischen Parlament sollten sie weiter führen.

Abstimmung über EU-Ostseestrategie

Am 3. Juni stimmt der Ausschuss für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments über den Bericht zur "Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum" ab, den ich als Schattenberichtersteller für unsere EVP-Fraktion durch die parlamentarischen Gremien führe. Mit der Ostseestrategie sollen sich die acht EU-Ostseeanrainerstaaten Deutschland, Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen verpflichten, bei der Entwicklung ihrer Region enger zusammenzuarbeiten. Schwerpunkte dieser grenzüberschreitenden Kooperation sind dabei die Bereiche Umweltschutz, wirtschaftliche Entwicklung, Energieversorgung, Ausbau der Infrastruktur, Sicherheit der Schifffahrt sowie Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität.

Die Verschmutzung der Ostsee hat ein dramatisches Niveau erreicht. Das ökologische Gleichgewicht wird durch Überfischung, Umweltverschmutzung vom Land aus, steigende Meerestemperaturen und andere Belastungen gefährdet. Diese Auswirkungen sind inzwischen so weitreichend, dass Freizeitaktivitäten und kleine Gewerbebetriebe in vielen Gebieten darunter leiden.

Gerade in den kleinen und mittleren Unternehmen liegt das enorme Potential der Region. Hier gilt es Innovation zu fördern sowie Hindernisse für den Binnenmarkt zu beseitigen und auf diese Weise den Wohlstand in der Region insgesamt zu steigern. Aus diesen Kooperationen ergeben sich auch und gerade für Berliner Unternehmen große Chancen.

Von vorrangiger Bedeutung für die Zugänglichkeit der Region sind die Verbesserung und der Ausbau der transnationalen Verkehrsnetze. Hier hat Berlin eine wichtige Brückenkopffunktion für die Verbindung von Nord- nach Mitteleuropa. Eine verbesserte Verkehrsanbindung Berlins wird Wachstum und Beschäftigung in der Hauptstadtregion nachhaltig fördern können.

Die Energiekrisen mit Russland in den letzten Jahren haben zweierlei gezeigt: Zum einen brauchen wir Versorgungssicherheit durch verbesserte Kooperationen im Ostseeraum und eine größere Vielfalt an Transportrouten und Energiequellen. Zum anderen müssen wir auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Russland als Ostseeanrainer drängen.

Subsidiaritätsprinzip und Universalität von sozialen öffentlichen Dienstleistungen

Hintergrund der Debatte am 18. Mai in Straßburg war der Versuch der Europäischen Kommission, unter Anführung des Wettbewerbsrechts in der EU, dem sozialen Wohnungsbau in den Niederlanden mit eigenen Vorschriften zu begegnen.

In seinem Debattenbeitrag führte Joachim Zeller dazu aus, dass *"schon seit Jahren ... insbesondere Mieterverbände und Mietervertreter (vermuten), dass die europäische Wettbewerbsorientierung den sozialen Wohnungsbau in Europa zumindest einschränken, wenn nicht gar unmöglich machen will."*

Nun ist neben dem Bedürfnis nach Nahrung und Kleidung das Bedürfnis nach einer Wohnung eines der menschlichen Grundbedürfnisse, und daher gilt das Wohnen auch als soziales Gut, und die Vermeidung von Obdachlosigkeit ist eine gesellschaftliche Herausforderung.

Ausdruck dessen ist, dass in Staaten, die auf die Wohlfahrt ihrer Bürgerinnen und Bürger Rücksicht nehmen, entweder der Wohnungsbau gefördert wird oder das Wohnen in Abhängigkeit vom Einkommen der Menschen individuell finanziell unterstützt wird. Einen besonderen Fall haben wir

natürlich jetzt in der Europäischen Union nach dem Beitritt vieler ost-, mittel- und südosteuropäischer Länder. Wegen der unterschiedlichen Strukturen des Wohnungsbaus im ehemaligen West- und Osteuropa besteht insbesondere nach den jüngsten Erweiterungen der Europäischen Union der Bedarf, die Strukturen der Wohnraumförderung und des Wohnungsbaus in den Mitgliedstaaten zu vergleichen.

Wegen der Art und Weise der Privatisierung von Wohnraum in vielen ost-, mittel- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten unmittelbar nach den politischen Veränderungen und insbesondere wegen des dort feststellbaren Wohnraum-mangels hat das Europäische Parlament reagiert und Strukturmittel für den Wohnungsbau in diesen Ländern zur Verfügung gestellt.

Trotzdem bleibt Wohnungspolitik immer eine Reaktion auf die jeweiligen nationalen, regionalen und insbesondere lokalen Gegebenheiten, also ein klassischer Fall eines subsidiären Politikfelds, das keiner supranationalen Regelung bedarf und sich auch einer solchen entzieht. Für das Wohnen als soziales Gut sind im Rahmen der Daseinsvorsorge die Marktgesetze nur sehr eingeschränkt anwendbar."

Kurzmeldungen

EU-Digital: Kommission stellt Aktionsplan für Digitale Agenda vor.

Die Europäische Kommission stellt in ihrer Mitteilung zur Europäischen Digitalen Agenda vor, wie in den kommenden fünf Jahren durch legislative Aktionen die Fragmentierung des digitalen Binnenmarktes, Innovationshemmnisse und fehlende Forschungs- und Innovationstätigkeiten überwunden werden sollen. Im Kern konzentriert sich die Initiative auf sieben Bereiche zum Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Potenziale des Internets. Insbesondere die Online-Märkte in der EU sollen besser genutzt, die elektronischen Produkte und Dienste kompatibler und die Datensicherheit stärker geschützt werden. Geplant ist zudem ein besserer Zugang für alle Europäer zu schnellen Glasfaser-Internetanschlüssen, mit dem Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze gesichert werden können.

Darüber hinaus muss die EU verstärkt in den IT-Bereich investieren. Mit Fördermitteln etwa aus den Regionalfonds sollen private Investitionen angekurbelt werden. Die Digitale Agenda ist die erste der sieben Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 für ein nachhaltiges und integratives Wachstum in Europa.

Weitere Informationen erhalten Sie hier:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/581&format=HTML&aged=o&language=DE&guiLanguage=de>

Sozialansprüche ziehen mit

Seit dem 1. Mai 2010 folgen den EU-Bürgern beim Wohnortwechsel ins europäische Ausland auch die Sozialansprüche.

Damit sind die Ansprüche im Bereich Krankenversicherung, Pensionsansprüche, Arbeitslosigkeit und Familienleistungen allen Europäern auch im europäischen Ausland garantiert. Diese neuen Richtlinien erleichtern die innergemeinschaftliche Mobilität für Arbeitskräfte, aber auch für junge Leute und Personen im Ruhestand.

Weiteres unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=787&furtherNews=yes>

Eingehende Informationen derzeit nur auf Englisch unter, eine deutsche Fassung ist angekündigt:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=850>

EU – Stadtpolitik

Der aktuelle Leitfaden zur städtischen Dimension in den EU-Politiken liegt jetzt auch in einer deutschen Fassung vor.

In dem Leitfaden wird untersucht, wie Städte von EU-Politiken profitieren können, er geht den Auswirkungen von europäischen Politiken in städtischen Gebieten nach und bietet Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten.

Einleitung und Teil 1 (35 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/pdf/urbanguide1_de.pdf

und Teil 2 (100 Seiten) unter:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/pdf/urbanguide2_de.pdf

Lebensqualität in den Großstädten

Es liegt eine neue Meinungsumfrage zur Lebensqualität in 75 europäischen Haupt- und Großstädten vor. Untersucht wurden die Bereiche Beschäftigungsmöglichkeiten, Wohnkosten, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Umweltverschmutzung, Bekämpfung des Klimawandels, Integration von Ausländern, Armut und Sicherheit. Aus Deutschland nahmen Berlin, Dortmund, Essen, Hamburg, Leipzig, München und Rostock und aus Österreich Wien und Graz an der Befragung teil. Die Befragung fand zwischen Oktober und November 2009 in 75 Städten in der gesamten EU sowie in Kroatien (Zagreb) und der Türkei (Ankara, Antalya, Diyarbakir und Istanbul) statt. In jeder Stadt wurden 500 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger befragt.

Die Eurobarometer-Umfrage finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/urban/survey2009_de.pdf

Zeitgleich mit dem Ergebnis der vorstehenden Meinungsumfrage wurden die ersten Ergebnisse eines europäischen Städtevergleichs veröffentlicht, an dem sich 372 große und mittlere Städte, darunter 40 deutsche Städte, beteiligt haben. Einbezogen wurden auch alle weiteren 235 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die sog. Urban-Audit-Daten, die bis auf Stadtteilebene gehen, können zum Teil bereits jetzt abgerufen werden unter:

<http://www.kosis.de/urban-audit.html>